

# Herausforderungen Europas diesseits und jenseits von Corona

Astrid von Busekist, neue Alfred-Grosser-Professorin, forscht zu Sprachpolitik, Grenzen, Nationen und Nationalismus sowie demokratischem Pluralismus.

**Die diesjährige Inhaberin der Alfred-Grosser-Gastprofessur des Fachbereichs Gesellschaftswissenschaften, eine Kooperation mit der Stiftung Polytechnische Gesellschaft Frankfurt am Main, ist Prof. Dr. Astrid von Busekist, seit 2001 Professorin für Politische Theorie an der Sciences Po in Paris. Ihr stadtpöblicher Vortrag mit dem Titel »Träume von Räumen. Exkurs über die Grenze« findet digital am Dienstag, 23. Februar 2021, um 19.00 Uhr c.t. statt.**

**UniReport: Frau Professorin von Busekist, das Corona-Virus ist sicherlich seit letztem Frühling das bestimmende Thema in der europäischen Politik. Wurden damit andere wichtige Themen, wie zum Beispiel Migration, an den Rand gedrängt?**

**Astrid von Busekist:** Das ist zweifellos zum Teil richtig, aber gleichzeitig ist das Problem der Grenzen und damit der Migration eng mit der Debatte über die Bekämpfung des Virus verbunden. Was gestern galt und heute noch gilt, ist, dass es immer die Schwächsten sind (sei es aufgrund ihrer fragilen Gesundheit, ihres Alters oder ihrer sozialen und wirtschaftlichen Situation), die den höchsten Preis zahlen. Die Pandemie erinnert mich an das Dilemma, mit dem die Amerikaner nach dem Hurrikan Katrina in New Orleans konfrontiert waren, und damit an die Frage der Prioritätensetzung und des Preises für das Leben: Welche Leben sollen zuerst gerettet werden, wenn man nicht alle retten kann? In New Orleans war das Kalkül utilitaristisch und daher zynisch: Wir mussten die Leben retten, die zu retten waren, ohne das Leben von Feuerwehrleuten und Ordnungskräften zu gefährden. Den Preis für diese Politik zahlten zum Beispiel die Übergewichtigen (überwiegend Arme), die schwer zu evakuieren waren. Ich weiß nicht, welche Lehren wir daraus für heute ziehen können, außer dass Armut und damit verbundene Fettleibigkeit nicht in der Verantwortung des Einzelnen liegen und es daher moralisch verwerflich ist, Menschen aufzugeben, die als weniger lebenswert angesehen werden.

**Der etwas schleppende Start der Corona-Impfungen in Deutschland hat in der deutschen Öffentlichkeit zu einer Kritik an der europäischen Impfstrategie geführt. Könnte die Pandemie nationalen Egoismus befeuern, was lässt sich diesbezüglich in Frankreich beobachten?**

Ich kann Ihnen auf zwei Weisen antworten. Zuerst sachlich.

In Frankreich war der Start noch viel langsamer als in Deutschland, und wir hinken immer noch hinter mehreren europäischen Ländern hinterher. Frankreich hat sich für eine sehr vorsichtige Strategie entschieden, mit einem sehr engen gesetzlichen Rahmen, der den Beginn der Impfung verlangsamt hat (der nötige Konsens aller Impfkandidaten, die Diskussion über die entsprechende Infrastruktur, die Debatte über das medizinische Personal, das zur Impfung berechtigt ist usw.). Außerdem hat die hohe Zahl der

Impfskeptiker (fast 50 Prozent der Franzosen lehnen eine Impfung ab oder ziehen es vor, damit zu warten, aber diese Rate scheint sich täglich zu ändern) die politischen Behörden zur Vorsicht gemahnt. Die Medien schieben die Schuld abwechselnd auf Frankreichs eigene Organisationsmängel oder die Abhängigkeit von Europa, weil die Länder, die schneller impfen, insbesondere Israel oder Großbritannien seit dem Brexit, nicht oder nicht mehr an die gemeinsame Politik gebunden sind.

Hat es Sinn, von „nationalem Egoismus“ zu sprechen? Würde er sich von Wirtschaftspatriotismus oder anderen Formen des Egoismus unterscheiden? In der heutigen Situation, sowohl innerhalb als auch außerhalb Europas, scheint es mir, dass er hier noch akuter zum Ausdruck kommt. In solchen Zeiten verliert der Einzelne sein Selbstvertrauen, das Vertrauen in die Autoritäten, ob wissenschaftlich oder politisch, und weiß nicht mehr, was wahr und was Meinung ist: Wenn Medizinprofessoren in Fernsehsendungen zum gleichen Thema gegensätzliche Meinungen äußern, vertreten sie eine wissenschaftliche Wahrheit oder einfach eine Meinung zur Wissenschaft? Konfrontiert mit dieser Vielzahl von Signalen, befindet sich der Bürger in einer Situation, die Emile Durkheim in seinem Werk über den Selbstmord als „anomisch“ bezeichnete: Er weiß nicht mehr, was er denken soll, was er tun oder nicht tun soll, was er tun oder nicht tun kann. Kann man dem Einzelnen vorwerfen, dass er zuerst sein Leben und das seiner Angehörigen retten will? Kann man von Einzelnen oder der Gemeinschaft erwarten, dass sie sich in einer Krisensituation altruistisch verhalten?

**Sie haben sich intensiv mit der politischen Dimension von Sprache und Sprachen beschäftigt. In Europa findet man eine große Diversität von Sprachen, was für die Verständigung auch eine Barriere darstellen und Grenzen undurchlässig machen kann. Bedarf es einer vereinheitlichenden Sprachpolitik, einer eigenen europäischen Lingua franca? Oder wie lässt sich Mehrsprachigkeit händeln? Welche Schlüsse kann man anhand des Beispiels Belgien ziehen?**

Belgien ist kein Beispiel oder Laboratorium mehr für eine vertretbare Sprachenpolitik: Die beiden großen Gemeinschaften leben in unterschiedlichen politischen, sozialen und sprachlichen Welten, und der Unterricht in der Sprache der anderen ist seit Jahrzehnten nicht mehr verpflichtend.

In Europa und in der wissenschaftlichen Literatur scheiden sich die Geister an der Frage, ob man eine Lingua franca etablieren oder im Gegenteil eine besser koordinierte Mehrsprachigkeit beibehalten soll. Eine effektive und weniger kostspielige Sprachenpolitik würde zur Einführung einer oder mehrerer Linguae francae tendieren. Eine gerechtere, großzügigere Politik würde darauf abzielen, so viele Sprecher wie möglich einzubeziehen: Sie würde darin bestehen, das europäische System so zu koordinieren, dass eine



Plädiert für eine »tugendhaftere« Politik des Sprachenlernens: Prof. Astrid von Busekist.  
Foto: privat

bessere Verteilung der sprachlichen Güter möglich ist. Wenn wir uns für ein System entscheiden würden, in dem nur Englisch (die pragmatischste Lösung, da Englisch bereits unsere Lingua franca ist) oder sogar eine Dreier-Ehe (zwischen Englisch, Französisch und Deutsch, den drei klassischen Hauptsprachen der Union) eingeführt würde, bliebe die Ausschlussquote, das heißt die Zahl der Bürger, die keine dieser drei Sprachen beherrschen, sehr hoch und würde in einigen Ländern oder Regionen 70 Prozent übersteigen.

Meine Idee ist, dass Sprachen als „politisch qualifizierend“ verstanden werden sollten.

Auf individueller Ebene muss man analysieren, wie der Zugang zu Sprachen (Amts-, Landes-, Zweitsprachen) erreicht wird. Auf der kollektiven Ebene muss man die Auswirkungen von Sprachkenntnissen auf die politische Partizipation, die Gleichberechtigung und die individuelle Autonomie untersuchen.

Aus einem normativen Blickwinkel, dem der Gerechtigkeit, behindert der ungleiche Zugang zu sprachlichen „Gütern“ die Möglichkeit, seine Rechte geltend zu machen. Denn Sprachen sind primäre und öffentliche Güter, die, wenn sie nicht egalitär zur Verfügung gestellt werden, Ungleichheiten, Herrschaft und Ausgrenzung als Konsequenzen haben. Die Besonderheit von Sprachen liegt in drei Tatsachen: Man kann sie nicht öffentlich „vernachlässigen“, so wie man sich zum Beispiel nicht in religiöse Angelegenheiten einmischen würde, die Privatsache sind, weil Staaten „sprechen“. Zweitens sind Sprachen Güter, die nicht auf die gleiche Weise verteilt werden können wie andere Güter – Wohnraum oder Gesundheitsversorgung. Die Staaten können jedoch „Zugangsrechte“ und sprachbezogene Dienstleistungen (Übersetzung, zweisprachige Wahlzettel, Berücksichtigung von Minderheiten usw.) anbieten. Schließlich können Sprachen sowohl in Bezug auf Interesse als auch auf Identität analysiert werden. Im ersten Fall wird ihr instrumenteller Nutzen infrage gestellt (sie verbinden so viele Menschen wie möglich); im zweiten Fall werden Sprachen als zu bestimmten Kulturen gehörend und als Ausdruck unserer wahren Identität gesehen.

Die beiden Ansätze schließen sich nicht aus, aber die Ziele unserer Politik müssen klar sein: Sollen sie die Identität der Sprecher

unterstützen und in eine öffentliche Politik der Unterstützung und Aufnahme aller Sprachgemeinschaften münden? Oder sollen sie im Gegenteil die Einbeziehung der größten Menge in die demokratische Debatte fördern? Die erste Option birgt die Gefahr, zu einer Balkanisierung der Gemeinschaften zu führen, die zweite zu dem voreiligen Schluss, dass nur eine von allen geteilte Lingua franca angemessen ist.

Die beste Lösung besteht zweifellos darin, die bestehende Mehrsprachenpolitik zu vertiefen und die territorialen Regime zu erhalten, ohne notwendigerweise auf pragmatische Linguae francae zu verzichten. Aber es ist wichtig, dass wir uns zu einer „tugendhafteren“ Politik des Sprachenlernens verpflichten. Und das gilt sowohl für europäische Bürger als auch für Migranten, denen kostenlose Lernzyklen angeboten werden müssen. Dies ist eine Voraussetzung sowohl für die Integration als auch für die Mobilität innerhalb Europas.

**Können Sie uns schon verraten, worum es in Ihrem stadtpöblichen Vortrag »Träume von Räumen. Exkurs über die Grenze« an der Goethe-Universität schwerpunktmäßig gehen wird?**

Ich werde wahrscheinlich versuchen zu zeigen, dass die beiden „maximalistischen“ Thesen zu Grenzen weder empirisch noch theoretisch befriedigend sind. Ich meine die Befürworter offener Grenzen auf der einen Seite, die glauben, dass alle Grenzen illegitim und unvertretbar sind; die bösen Nationalisten auf der anderen Seite, die gegen allen politischen Pragmatismus und moralische Rücksichtnahme versuchen, dichte Grenzen aufrechtzuerhalten. Ich werde versuchen, einen dritten Weg vorzuschlagen: den einer gerechten und rationalen Öffnung der Grenzen und einer fairen Einwanderungspolitik.

Fragen: Dirk Frank

Das komplette Interview mit Prof. Astrid von Busekist kann man im Webmagazin der Goethe-Universität nachlesen:  
<https://tinygu.de/wkLnj>